

# RS Vwgh 2003/6/23 99/17/0029

JUSLINE Entscheidung

🕒 Veröffentlicht am 23.06.2003

## Index

L34003 Abgabenordnung Niederösterreich  
27/04 Sonstige Rechtspflege  
32/01 Finanzverfahren allgemeines Abgabenrecht

## Norm

BAO §236;  
GEG §9 Abs1;  
GEG §9 Abs2;  
LAO NÖ 1977 §183;

## Rechtssatz

Ebenso wenig wie ein Ansuchen um Abgabennachsicht nach § 236 BAO oder einer vergleichbaren Regelung der Landesabgabenordnungen (vgl. zu § 183 NÖ LAO 1977 das hg. Erkenntnis vom 20. September 1996, 93/17/0007) nicht damit begründet werden kann, dass die Abgabenvorschreibung zu Unrecht erfolgt sei, kann im Verfahren über die Einhebung der vorliegenden Gebühr (Sachverständigengebühr) eingewendet werden, dass die Verurteilung bzw. die Heranziehung zur Haftung für die Kosten des Strafverfahrens zu Unrecht erfolgt wäre. Auch der Umstand, dass über das Vermögen eines von zwei Haftungspflichtigen das Schuldenregulierungsverfahren eingeleitet wurde, stellt noch nicht derart außergewöhnliche Umstände dar, die die sachliche Unbilligkeit der Einhebung der Gebühr beim anderen Haftenden begründen könnte.

## European Case Law Identifier (ECLI)

ECLI:AT:VWGH:2003:1999170029.X04

## Im RIS seit

11.08.2003

## Zuletzt aktualisiert am

07.08.2013

**Quelle:** Verwaltungsgerichtshof VwGH, <http://www.vwgh.gv.at>